

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 70

Hauptredakteur: Dr. Everh. Leipzig

Donnerstag, den 7. Februar

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1918

Schweden protestiert in Petersburg

Der deutsche Heeresbericht

Amstsch. Großes Hauptquartier, 7. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz

Nähe an der Küste am Nachmittage Artilleriekampf.
Von einem Vorstoß westlich von Jandbuerde und aus Vorfeldkämpfen im Artois brachten Infanterie-Abteilungen Gefangene ein. Die englische Artillerie war am Abend zu beiden Seiten der Scarpe und westlich von Cambrai wieder tätig. Ein französischer Vorstoß in der Champagne scheiterte. Im Mas-Obiet hielt Artillerietätigkeit im Anschluß an eine südwestlich von Oras erfolgreich durchgeführte Erkundung tagsüber an.

Vizefeldwebel Schwinn schoß in den letzten drei Tagen sechs feindliche Flugzeuge ab.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf, (W. Z. B.)

Zum Wiederbeginn der Brester Verhandlungen

Schreibt die „Korrb. Wg. Jg.“:

Keine gemachten Rundgebungen bolschewistischer Letzen, durch die jetzt in Rußland Funksprüche verbreitet werden, und keine Phrasen können die Mittelmächte bei ihrem festen unabänderlichen Entschlusse wankend machen, sich auf eine Räumung der Westgebiete Rußlands in der von Herrn Trotski gewünschten Art und Weise nicht einzulassen. Mit diesem Entschlusse begegnen die Mittelmächte den Gefahren, die von einem revolutionären und vom Hunger und Seuchen durchwühlenden Rußland für diese Randgebiete und für Westeuropa drohen. In der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sind die Verbündeten den Russen außerordentlich weit entgegengekommen. Weitere Kompromisse scheinen nicht mehr denkbar. Auch in den Fragen der Grenzen der von Rußland befreiten Gebiete dürfte der Standpunkt der Verbündeten größerer Entgegenkommen nicht mehr möglich machen. Mit Großrußland steht daher die Frage so, ob Herr Trotski seinerseits dem gerechten und entgegenkommenden Standpunkt der Verbündeten Rechnung tragen will oder nicht. Mit der Ukraine schreiben die Verhandlungen in gutem Tempo weiter fort. Gelingt es, einen Abschluß mit der Ukraine zustandzubringen, so kann die Entwicklung der Friedensverhandlungen mit Herrn Trotski uns gleichgültig sein. Versichert sich Herr Trotski seinerseits die letzte Möglichkeit, die ihm für einen Frieden und damit für eine Erlösung des unter dem Krüge zusammenbrechenden Rußlands gegeben ist, so werden nicht die Mittelmächte, sondern Trotski eigene Partei und das aus tausend Wunden blutende Rußland die Rechnung zu bezahlen haben.

Zum Sieg der polnischen Truppen in Rußland

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)
© Berlin, 7. Februar. Da, man kann es wohl so ausdrücken, schnelle Art, in der die polnischen Truppen mit den Herren Bolschewiki in Minsk fertig geworden sind, wird vermutlich allerorten Empfindungen der Genugtuung ausgelöst haben. Das kann und aber nicht darüber täuschen, daß diese polnische Armee ein recht ernstes Problem einschließt. Wohlverstanden: es sind die polnischen Truppen der ehemaligen russischen Armee, die ursprünglich über unterschiedliche Truppengattungen verstreut unter der Herrschaft der Revolution zu nationalen Gruppen zusammengezogen wurden. Man hatte schon befürchtet, daß sie, deren Zahl nach polnischen Schätzungen zwischen 100 000 und 200 000 schwanken dürfte, zum größten Teil in der russischen Umgebung dem Maximaldiktum zum Opfer gefallen wäre. Das ist nun erfreulicherweise nicht der Fall. Immerhin: Diese Truppen werden eines Tages in ihre Heimat wiederkehren wollen, und dann würde es sich am Ende empfehlen, zeitigen Vorkehrungen zu treffen. Vielleicht wäre es nicht einmal so inopportun, wenn schon jetzt von uns Verhandlungen und Verbindungen mit ihnen angeknüpft werden. Man kann eben nicht wissen, vor welche Aufgaben Herr Trotski und die seinen uns noch stellen.

Wir hatten dieser Tage gemeldet, daß das Mitglied des polnischen Regimentsrates Herr von Oskrowski bei Besetzung des Generals Barth, des deutschen Inspektors des polnischen

Der U-Bootkrieg

wtb. Berlin, 6. Februar. (Amstsch.) Im Vermehnal steilen unseren rassisten U-Booten fünf Dampfer, ein englischer Segler und ein englisches Fischereifahrzeug zum Opfer. Die Dampfer waren fast durchweg beladen; einer von ihnen wurde auf dem Wege nach Cherbourg aus starker Fischdampferzerstörung herausgeschossen; er hatte offenbar Kriegsmaterial geladen.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der auf dem Wege nach Cherbourg mit Südkorn versetzte Dampfer führte der französischen Regierung wieder einmal den Rest der U-Boot-Verkauf vor Augen. Frankreich, das bis zum Krüge stolz war, auf eine große Vorratseinsparung verzichten zu können, geriet infolge U-Bootkriegs in eine immer stärkere Abhängigkeit von den überseeischen Zufuhren. Der Rückgang seiner Anbaufläche für Brotgetreide wird auf 30 Prozent geschätzt. Die Zeitung „Le Pays de France“ schrieb am 6. Dezember 1917, daß die französischen Seehäfen jetzt zweimal soviel Mehl und zweimal soviel Getreide importieren müssen als im Frieden. Deshalb ist unser U-Bootkrieg auch an dieser Stelle auf brüchigen Boden. Kein Oeringer als Charles Boaz, der Präsident der Compagnie Générale Transatlantique, erklärte am 28. Dezember 1917 im „Sémaphore de Marseille“, daß unsere U-Boote die erfolgreiche Kriegsführung der Entente in Frage stellen. Eine halbe Million Dr.-Fr. oder ein Fünftel seiner Gesamtflotte hätte Frankreich im vergangenen Sommer verloren.

Legionswesen, in Sachen der polnischen Armee sich ins Große Hauptquartier begeben würde. Diese Fahrt ist, wie wir hören, zunächst wieder verschoben worden.

Schwedische Note an Petersburg

Basel, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Mail“ berichtet aus Stockholm: Der schwedische Minister hat eine Note nach Petersburg geschickt, in der Maßnahmen zum Schutze der schwedischen Staatsangehörigen in Helsinki und Finnland gefordert wurden. In Helsinki ist der schwedische Kaufmann Solberg von den Bolschewiki erschossen worden.
Die „Aftonbladet“ erzählt, wären die den finnischen Luftwaffen von der Bolschewikeregierung gesandten Hilfstruppen 7000 Matrosen und 7000 Soldaten.

Die Semstwo gegen die Petersburger Regierung

Basel, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Völk. Nationalzeitung“ meldet von der finnischen Grenze: Auf Befehl Lenins ist ein russischer Kurier nach Helsinki abgereist, welcher sämtlichen russischen Soldaten befahl, sofort Finnland zu verlassen. Nur ein sehr geringer Teil hat dieser Anordnung Folge geleistet. Diejenigen Soldaten, die abreißen wollen, werden im übrigen von ihren Kameraden und den Roten Garisten daran gehindert.

Verhärterter Belagerungszustand in Rußland

Schweizer Grenz, 7. Februar. (Eig. Drahtbericht.) „Daily News“ melden aus Petersburg: Infolge der unruhigen Bewegung ganz Rußlands und der verdächtigen Haltung verschiedener russischer Semtwos ist über ganz Rußland der verhärtete Belagerungszustand verhängt worden. Die Beschlüsse der russischen Semtwos, die gegen die Petersburger Regierung Stellung nahmen, mehrten sich in befohrender Weise. Die Regierung hat den gesamten Telegraphenverkehr mit den Provinzen unterbunden.

Basel, 7. Februar. (Drahtbericht.) Die Petersburger „Pravda“ schreibt, daß Trotski in den nächsten Tagen vorübergehend wieder in Petersburg erwartet werde, um an den wichtigen Beratungen des Kongresses der Semtwoverbände Rußlands teilzunehmen.

Vertagung des englischen Parlaments

Thronrede König Georgs.

Frankfurt a. M., 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer laugen Debatte der „Frl. Wg.“ meldet Reuters aus London: Die Thronrede, die der König das Parlament vorliest, hat, erwähnt zunächst das Eingreifen der Vereinigten Staaten, des den Waffen der Entente neue Kraft verliehen habe, und dann die Geschicke in Rußland. Fester als jemals stehe der Beschluß der Demokratie der Welt, einen gerechten und dauerhaften Frieden zu sichern. In Frankreich ist der Feind immer wieder glückselig zurückgeworfen worden. In Palästina und in Mesopotamien sind die vorergründigsten und berühmtesten Stellen des Orients den Türken entziffen worden, während der Feind in Afrika den Rest seines Kolonialbesitzes verlor.

Zum Schluß heißt es: Die glückliche Regelung der schwierigen Frage des Wiederanschlusses in Friedenszeiten läßt in mir die Hoffnung bestehen, daß trotz aller Komplexität des Problems eine Lösung bezüglich der Regierung Irlands möglich ist. Aber die einmütige Zustimmung des irischen Volkes gegenwärtig herbei. Die glückliche Fortsetzung des Krieges ist noch unser höchstes Ziel. Mit großer Dankbarkeit habe ich die ungeschwächte Begeisterung wahrgenommen, mit der alle Schichten meines Volkes sich jeder Forderung für dieses Ziel fügten und in der sie die letzten Drängungen ertrugen. Sie ihnen noch auferlegt werden können, um unsere Kraftanstrengung zur vollen Reife zu bringen. Ich bitte Gott den Allmächtigen, daß er uns telus Segens teilhaftig werden lasse.

Das Gesetz gegen den Schleichhandel

Man erwartete nach der denkwürdigen Enthüllung des Reichskammerpräsidenten von Herrn v. Waldow durchgreifende Reformen der Ernährungspolitik, als da sind: Anregung der Produktion, stärkere Erfassung der Lebensmittel beim Produzenten, gerechtere Verteilung usw. Herr v. Waldow aber bescheidet uns — das Gesetz gegen den Schleichhandel. Der Entwurf, der zurzeit dem Bundesrat vorliegt, mutet nicht sonderlich erfolgreich an. Er arbeitet schematisch mit den üblichen Begriffen.

Strafrechtlich verfolgt soll werden nur der gewerbsmäßige Schleichhandel, also nicht die private Verjorgung aus persönlichen Beziehungen heraus. Diese soll entweder frei bleiben oder, sofern dabei Gesetzesübertretungen vorkommen, behandelt werden wie bisher. Aber wo ist die Grenze der Gewerbsmäßigkeit? Wer ist denn Schleichhändler? Nur wer mit hochgeschlagenem Rocktragen die Hintertreppe hinaufschleicht und an die Türen klopfet? Nicht auch die Fabrikdirektionen, die selber mindestens einen mittelbaren Vorteil von diesem Handel haben, da sie so ihre Arbeiter und Angestellten bei guter Laune erhalten, ferner die Kriegsdämter, die Kommunalverbände, die Reichsbehörden? Alle physischen und juristischen Personen, die zu Wucherpreisen mit beschlagnahmter Ware handeln? Alle, die Geschäfte unter Ueberschreitung des Höchstpreises machen? Die schädliche Wirkung für das Volksganze ist jedenfalls dieselbe, ob jene Handlungen nur aus Erwerbsgier oder aus sozialpolitischem Sonderinteresse an einem kleinen Reize hervorgehen. Es wäre notwendig, daß der Gesetzgeber den Begriff des Schleichhandels scharf formuliert, sonst wird ein fürchterliches Durcheinander in der Rechtsprechung anheben. Herr v. Waldow wünscht als Mindeststrafe Gefängnis. Daneben Geldstrafe bis zu 100 000 Mark und außerdem Einziehung der Ware. Auch der Begriff des zweiten Rückfalls soll angehandelt werden. Wer zum dritten Male wegen gewerbsmäßigen Schleichhandels verfolgt wird, soll nur noch Zuchthaus gewärtigen. Das sind freilich hohe Strafen. Sie werden übertroffen nur noch von denen, die die Jakobiner der Französischen Revolution gegen den Schleichhandel androhten.

Der Lebensmittelwucher wurde 1793 in Paris mit Todesstrafe bestraft. Gefängnis und Pranger trafen den, der die Höchstpreise überschritt. Ein Apotheker wurde mit 15 000 Franken bestraft, weil einer seiner Kommiss 2 Unzen Rhabarber und Manna für 2,70 Franken verkauft hatte. Ein Kneipenbesitzer, der einen Schoppen Wein für 1 Franken verkaufte, wurde zu einer Geldstrafe von 40 000 Franken verurteilt und an den Pranger gestellt mit einem Schild um den Hals, auf dem geschrieben stand: „Entwerter nationalen Geldes.“ Das Haus eines Fischhändlers wurde dem Erdboden gleichgemacht, weil der Mann zu höheren als den festgesetzten Preisen Fleisch vertrieb. Man sieht, es ist alles schon dagewesen. Aber Maximilian Robespierre, an den sein Freund Baillet geschrieben hatte: „Ich glaube man muß die Schleichhändler umbringen, wie man den Adel und die Geistlichkeit umgebracht hat“, mußte seine Verordnungen zurücknehmen. Auch der Höchstpreis wurde wieder abgeschafft, alle Waren konnte man pöblich wieder offen kaufen, alles war da“, so heißt es in der Lebensbeschreibung des Magisters F. S. Lauthard. Der gründliche Mißerfolg jener französischen Schleichhandelsgesetze sollte dem deutschen Gesetzgeber doch zu denken geben. Mehrere hunderttausend Personen, so meint die Begründung der Waldowischen Vorlage, beschäftigen sich gegenwärtig in Deutschland gewerbsmäßig mit dem Schleichhandel. Glaubt man, mit ein paar neuen Paragraphen diese Hunderttausende von der Befähigung ihres Erwerbsgebietes abzuschneiden? Oder soll man eine halbe Million Menschen ins Gefängnis stecken? Sollen kann hier kaum der Richter, sondern nur der gute, der sinnige, der gerechte Verwaltungsbeamte.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ hat Joeben ein gründlicher Kenner der Kriegswirtschaftsprobleme, Herr Julius Kallisch, über den notwendigen Umbau unserer Lebensmittelversorgung geschrieben. Er sagt über die Bekämpfung des Schleichhandels:

„Mit dem System der Rationierung und der Höchstpreise für Lebensmittel ist, wie die Menschheit einmal beschaffen ist, der Schleichhandel untrennbar verbunden. Daraus ergibt sich keineswegs die Folgerung, daß ein unbeschränkter Verkehr mit Lebensmitteln zur Abstellung aller Sorgen und Nöte wieder in Geltung treten müsse. Der Verzicht auf die Reglementierung in jeder Gestalt könnte als Heilmittel nur in Frage kommen, wenn die heimische Landwirtschaft imstande wäre, aus der gesteigerten Nachfrage die Kraft zu einem entsprechend gesteigerten Angebot, also zu einer ungeheuren Vermehrung der Produktion, zu finden. Das war und ist unter den herrschenden Verhältnissen aber unmöglich. Nun hat die deutsche Landwirtschaft im Krieg Großes geleistet und eben durch diese Leistung die Möglichkeit der deutschen Wirtschaftspolitik bekräftigt. Das Unmögliche aber: unter den im Krieg herrschenden Produktionsverhältnissen einem Konsum in beliebiger Höhe zu genügen, kann man natürlich von ihr nicht verlangen. Der Verbrauch muß also den verfügbaren Mengen angepaßt werden.“

„Ist die Beteiligung am Schleichhandel, gleichviel ob als Verkäufer oder als Käufer, ein Laster, so haben wir es jedenfalls seit langem mit einem Massenlaster zu tun, dem mit Strafen und selbst hohen Strafen nicht beizukommen ist. Die Probe auf das Exempel ist bereits gemacht; es bedarf nicht erst der Versuche mit Strafschärfungen. Die bisherige Verfolgung des Schleichhandels hat nur das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erfüllt. Es hat sich in der Praxis ergeben, daß schärfere Strafbestimmungen mit einer Erigerung der Preise im Schleichhandel Hand in Hand gehen. Die höheren Schleichhandelspreise waren keineswegs etwa immer durch eine Abnahme